Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

194 (20.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 194 | **Samstag, den 20. August 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Besprechungen zwischen Reichsregierung und Reichsbank haben zu einer Verständigung in der Frage der Kreditgewährung geführt. Am Freitag abend trat das Reichskabinett wieder zu einer Besprechung zusammen.

*

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten hat bereits einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett von Papen eingereicht.

*

In Göttingen ist Admiral a. H. Hans Zenker gestorben. Admiral Zenker war von 1924 bis 1928 Chef der deutschen Reichsmarine.

*

In Beuthen begann vor einem Sondergericht der Prozeß gegen einige Nationalsozialisten wegen Erschlagung des Kommunisten Pietrzuch.

*

Am Freitag abend verstarb in einem Sanatorium in der Nähe von Wien der ehemalige österreichische Bundeskanzler und Außenminister Dr. Johannes Schober im Alter von 57 Jahren.

*

Da durch den Tod Schobers ein Landbündler das Abgeordnetenmandat erhält, scheint die Mehrheit der Regierung für die Annahme des Lausanner Protokolls gesichert.

*

In französischen politischen Kreisen erwartet man schon in den nächsten Tagen einen amtlichen Schritt des deutschen Botschafters bei der französischen Regierung in der Frage der Rüstungsgleichberechtigung.

*

In Kopenhagen ist Freitag eine deutschsprachige Zeitung erschienen, deren Redakteur der Kopenhagener Vertreter des polnischen offiziösen Nachrichtenbüros ist und die offensichtlich den Zweck verfolgt, gegen die deutsche Wirtschaft Stimmung zu machen.

Umschau.

Der Mißerfolg des 13. August. — Was nun? — Vor einer Konfliktsperiode. — Hindenburgs Gründe.

):(Durlach, 20. August.

„Niederlage der Regierung von Papen". — „Niederlage Hitlers". — Diese Ueberschriften las man zu Beginn der Woche in den Zeitungen, je nach ihrer politischen Einstellung. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Scheitern der Bemühungen um eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung zunächst um keine Niederlagen der einen oder der anderen Seite, sondern nur um taktische Mißerfolge der Bestrebungen, die nach zwei Richtungen schließlich auseinander gingen. Das vom Reichspräsidenten nach dem Sturz der Regierung Brüning eingesetzte, sich vornehmlich auf deutschnationale Kreise stützende Präsidialkabinett von Papen hatte sich die Aufgabe gestellt, den Gedanken der Harzburger Zusammenkunft weater zu verfolgen, um durch verantwortliche Mitarbeit der Nationalsozialisten eine nationale Konzentrationsregierung zu schaffen. Dieses Bestreben ist am 13. August mißlungen. Das Gegenteil ist eingetreten: „Nationale Dezentralisation".

Ebenso haben aber der nationalsozialistische Führer Hitler und seine Partei einen Mißerfolg zu buchen. Hitler wollte — wir müssen hier bis auf weiteres trotz der nationalsozialistischen Dementis der Darstellung der Reichsregierung folgen — nach den eigenen Worten bei seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler die Stellung in Deutschland beanspruchen, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom sich in Italien errungen habe. Nach unwiderlegten Erklärungen der Reichsregierung haben ferner vorher, vor der Bildung der Regierung von Papen, Hitler und auch die anderen maßgebenden Führer seiner Partei die bündige Zusage geleistet, die nicht etwa zeitlich begrenzt war, ein Kabinett für die ganze Regierungsdauer zu tolerieren, das der Reichspräsident als die Regierung seines Vertrauens berufen wollte. Hier besonders klafft ein Widerspruch, den man sich nur daraus erklären kann, daß die überspitzte Formulierung der neuen nationalsozialistischen Forderung vom 13. August wohl überhaupt den Zweck hatte, das Scheitern der Verhandlung herbeizuführen, und zwar deshalb, weil aus den Kreisen der nationalsozialistischen Partei heraus Bedenken gegen eine Regierungsbeteiligung in der früher zugesagten Form laut wurden.

*

Die Frage: was nun? läßt sich sehr schwer beantworten. Will das Präsidialkabinett v. Papen mit dem Reichstag zusammenarbeiten, so müßte es nicht nur von der Rechten, d. h. von den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten, sondern auch vom Zentrum toleriert werden, d. h. diese Parteien dürften nicht für ein sicher von der Linken kommendes Mißtrauensvotum stimmen. Dann bliebe ja nur die Reichstagsauflösung mit nochmaligen Neuwahlen, evtl. zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung oder eine vom Reichspräsidenten einzuleitende Volksabstimmung, die ihm weitgehende Ermächtigungen geben müßte. Rein zahlenmäßig gerechnet wäre übrigens eine parlamentarische Mehrheitsregierung möglich. Aber die Voraussetzung hierfür wäre eine Koalition zwischen der Rechten und dem Zentrum, deren Aussichten so gering als nur denkbar scheinen, und außerdem müßte der Reichspräsident den Gedanken seines Präsidialkabinetts fallen lassen, was ein Wiedereinlenken in die alten Wege und Versuche Brünings bedeuten würde. Dann aber wäre natürlich von der alleinigen Macht und Diktatur der Nationalsozialisten in der Nachbarschaft des Zentrums erst recht keine Rede, sodaß dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung kaum etwas anderes übrig bleiben kann, als das Präsidialkabinett mit allen Kräften aufrecht zu erhalten.

*

Weil die Nationalsozialisten „das Fähnlein an die Stande gebunden" haben, daß sie selbst unmöglich so einfach wieder herunterholen können, stehen wir nun erst vor der eigentlichen Konfliktsperiode, deren Gefahren nicht ernst genug genommen werden können. Reichspräsident Hindenburg konnte gar nicht anders, als er handelte. Hätte er Hitler die verlangten Vollmachten gegeben, so hätte er, der von einer absoluten Mehrheit des deutschen Volkes gewählt worden ist, einem anderen Politiker, für den sich immerhin nur ein reichliches Drittel der Nation ausgesprochen hat, die absolute Macht im Deutschen Reich überantworten müssen. Hindenburg, der den Eid auf die Verfassung geleistet hat, würde außerdem bald vor der Wahl gestanden haben, alle, auch verfassungswidrige Maßnahmen Hitlers zu billigen und mit seinem Namen zu decken oder zurückzutreten. Er ist offensichtlich der Meinung, daß durch seinen Rücktritt dem deutschen Volk nicht geholfen wäre. Deutschland ist nicht Italien. Die politisch organisierte deutsche Arbeiterklasse würde sich wehren und sich weiter radikalisieren, und überdies würde außerdem die Einheit des Reiches gefährdet sein, denn es ist sehr fraglich, ob die Bevölkerung Süddeutschlands und auch die des deutschen Westens, abgesehen von anderen Reichsgebieten, so ohne weiteres eine Diktatur nach italienischem Muster hinnehmen würde.

Die Lage ist auch deshalb so schwierig, weil der Nationalsozialismus auch mit den Kreisen in einen schweren Konflikt geraten ist, die durch den Sturz Brünings ihn zur Mitverantwortung bringen haben wollen. Der Konflikt mit den Deutschnationalen hat Formen angenommen, die man sich schärfer gar nicht denken könnte. Der Nationalsozialismus steht nun tatsächlich vor der Wahl, entweder den Weg der Koalitionspolitik einzuschlagen oder zu Papen und Hindenburg zurückzukehren oder als große Partei der Opposition die angekündigte völlige Ergreifung der Macht aufs neue zu versuchen. Ob dies aber auf legalem Weg möglich ist, das ist sehr die Frage. Denn die Bedingung wäre ein weiteres Anwachsen der Partei zur absoluten Mehrheit, die kaum erreicht werden wird, nachdem zwischen der Präsidentenwahl und der Reichstagswahl trotz aller Steigerung der Agitation tatsächlich keine nennenswerte Vergrößerung erfolgt ist.

Admiral Zenker gestorben

Osterode (Harz), 19. Aug. **Admiral a. D. Hans Zenker ist Donnerstag nachmittag nach einmonatigem Krankenlager in einer Göttinger Klinik, wo er sich einer schweren Operation unterziehen mußte, im Alter von 62 Jahren gestorben.**

In den Kreisen der jetzigen und der ehemaligen Marineangehörigen löst der Heimgang Admirals Zenker tiefe Trauer aus. Der Verstorbene diente 39 Jahre lang aktiv als Marineoffizier. Während des Krieges als Admiraloffizier im Großen Hauptquartier unterstützte er energisch die Bestrebungen des Großadmirals von Tirpitz auf offensive Seekriegsführung. 1924 wurde er als Nachfolger des Admirals von Behnke zum Chef der Marineleitung berufen. Seiner Tatkraft ist zu verdanken, daß die Reichsmarine in den Kreuzern und Torpedobootszerstörern für die veralteten Schiffe Ersatz bekam. Auch an der Bewilligung des Panzerkreuzers hatte Admiral Zenker regen Anteil. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst stellte Admiral Zenker seine ganze Kraft in den Dienst der Marinevereine, stets werbend für den Gedanken „Seefahrt tut not". — Freitag früh wurde die Leiche von Göttingen nach Osterode übergeführt, wo sie von Kameraden des „Marinevereins Admiral Zenker" zur Friedhofkapelle geleitet wurde.

Admiral Zenker ist 1870 in Bielitz (Schlesien) geboren. Er trat 1889 als Kadett in die kaiserliche Marine ein, wurde 1895 Leutnant zur See, 1901 Kapitänleutnant und 1906 Korvettenkapitän. 1913 erhielt er seine Ernennung zum Kapitän zur See. Er fand im Reichsmarineamt und Amiralstab Verwendung und nahm an den üblichen Auslandsreisen teil. Im Weltkrieg war Zenker zuerst beim Chef des Admiralstabs im Großen Hauptquartier tätig, befehligte dann als Kommandant den Schlachtkreuzer „von der Tann", den er auch während der Skagerrakschlacht in dem Kreuzergeschwader des Admirals von Hipper führte. Bis zum Kriegsende gehörte Admiral Zenker dem Admiralstab der Marine an. Nach dem Kriege nahm er in der Marineleitung an dem Aufbau der neuen deutschen Marine als Chef der Marinestation der Nordsee teil und erhielt dann den Oberbefehl der gesamten Seestreitkräfte. Am 1. Oktober 1924 wurde er als Nachfolger des Admirals Behnke zum Chef der Marineleitung befördert. Nachdem Admiral Zenker sich 1928 anläßlich der Lohmann-Affäre für seinen Untergebenen vor dem Reichstag mitverantwortlich erklärt hatte, bat er um seinen Abschied, der ihm auch bewilligt wurde.

Beileid des Reichspräsidenten

Berlin, 19 Aug. Der Herr Reichspräsident hat an die Witwe des Admirals Zenker nachfolgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Schmerzlich berührt durch die Nachricht von dem so unerwarteten Ableben Ihres Herrn Gemahls spreche ich Ihnen meine herzlichste Anteilnahme aus. Ich werde dem um die Reichsmarine in Krieg und Frieden hochverdienten Admiral stets ein ehrendes Gedenken bewahren."

Beileid des Reichskanzlers zum Tode des Admirals Zenker

Berlin, 19. Aug. Reichskanzler v. Papen hat der Gattin des verstorbenen ehemaligen Chefs der Marineleitung, Admiral Zenker, zugleich namens der Reichsregierung telegraphisch seine Anteilnahme übermittelt.

Schober gestorben

T.U. Wien, 19. Aug. Am Freitag abend gegen 10 Uhr verstarb in einem Sanatorium in der Nähe von Wien der ehemalige österreichische Bundeskanzler und Außenminister Dr. Johannes Schober im Alter von 57 Jahren.

*

Schobers Tod.

T.U. **Wien,** 19. Aug. Der Tod des ehemaligen Bundeskanzlers Schober gerade in diesem Augenblick ist umso bedeutsamer, als er geeignet sein könnte, dem sehr eigenartigen, um nicht zu sagen undurchsichtigen Spiel um die Parlamentsmehrheit für die Regierung Dollfuß und das Lausanner Protokoll ein jähes Ende zu bereiten. Wie unlängst der im Abgeordnetenmandat aufrückende Nachfolger des verstorbenen Altbundeskanzlers Seipel der Regierung zu einer Mehrheit verhalf, so wird man auch jetzt versuchen auf der Gegenseite für den verstorbenen Dr. Schober, der im Sanatorium Gutenbrunn bei Baden in der Nähe von Wien an einer schweren Krankheit darniederlag, die Uebernahme seines Mandats des nationalen Wirtschaftsblockes durch seinen Nachfolger zu beschleunigen. Das wäre eben die eine Stimme, die zur Ablehnung des Lausanner Protokolls im Nationalrat ausreichte. Dieser Zusammenhang ist umso eigenartiger, als gerade Schober der Vater der dann gescheiterten deutsch-österreichischen Zollunion gewesen ist. An den Namen Schober ist die Geschichte des neuen Oesterreichs kaum weniger geknüpft als an den des ihm voraufgegangenen Dr. Seipel, als dessen Gegenspieler man ihn, wenn auch nicht ganz mit Recht, bezeichnet hat. Johannes Schober wurde am 14. November 1874 zu Perg in Oberösterreich geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften trat er 1898 in den Dienst der Wiener Polizeidirektion. Seit November 1918 war er Polizeipräsident und als solcher gleichzeitig mit der Leitung des gesamten Dienstes der öffentlichen Sicherheit betraut. 1920 wurde er von den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen erstmalig mit der Kabinettsbildung betraut, gab jedoch den Auftrag wieder zurück. Juni 1921 wurde er erstmalig Bundeskanzler und gleichzeitig Außenminister. In diese seine Amtszeit fiel die Uebergabe des Burgenlandes. Im Januar 1922 stürzte er über den Vertrag von Lana (Vertrag mit der Tschechoslowakei), wurde jedoch gleich wieder zum Bundeskanzler gewählt und übernahm gleichzeitig das Innenministerium. Im Mai 1922 machte er Seipel im Amt des Bundeskanzlers Platz. Schober widmete sich dann wieder ausschließlich dem Sicherheitsdienst und errang internationalen Ruf.

Erst als im Jahre 1929 unter dem Druck der Heimwehren der Ruf nach Verfassungsänderung zur Zurückdrängung der Allmacht des Parlamentes laut wurde, übernahm er wiederum das Kanzleramt, um auch eine gemäßigte Verfassungsreform durchzuführen. Die Heimwehren, die den Polizeiminister während der Juli-Unruhen des Jahres 1927 gefeiert hatten, wurden dann später seine erbittertsten Feinde. Ueber die Frage der Ernennung Strafellas zum Generaldirektor der Bundesbahnen kam es zudem noch zum Bruch zwischen ihm und den Christlich-Sozialen. Nach dem Neuwahlkabinett Vaugoin-Starhemberg übernahm Schober im Kabinett Enders den Posten des Vizekanzlers und Außenministers, und in dieser Eigenschaft unterzeichnete er anläßlich des Besuches des Reichsaußenministers Curtius im März 1931 das bekannte Wiener Protokoll. Auch dem ersten Kabinett Buresch, das das Kabinett Enders im Juli 1931 ablöste, gehörte Schober noch als Vizekanzler und Außenminister an. Im Zusammenhang mit dem Ausgang der Aktion der deutsch-österreichischen Zollunion vor dem Haager Gerichtshof mehrten sich jedoch die Angriffe gegen ihn und ziemlich unerwartet trat er mit dem gesamten Kabinett zurück.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zum Reichstagsbeginn am 30. August

Berlin, 19. Aug. Wie berichtet wurde, findet die erste Sitzung des neuen Reichstags am 30. August, nachmittags 3 Uhr, statt. Diese erste Tagung wird voraussichtlich von der

kommunistischen Alterspräsidenten Frau Klara Zetkin

geleitet werden, die mit 75 Jahren das älteste Mitglied des neuen Parlaments ist. Jedenfalls hat Frau Zetkin bereits wissen lassen, daß sie an der Eröffnungssitzung teilnehmen werde und auch das Alterspräsidium zu führen gedenke.

Die **Reichsregierung** wird in die parlamentarischen Verhandlungen frühestens am 31. August, vielleicht auch erst in den ersten Semptembertagen eingreifen. Man erwartet, daß Reichskanzler von Papen bei dieser Gelegenheit **die Verkündigung seines Regierungsprogramms und der wirtschaftlichen Aufbaupläne des Reichskabinetts nachholt.**

Wenn das Parlament auch am ersten Tage noch keine politischen Fragen zu erledigen hat, so kann man doch in der Tatsache der Einberufung zusammen mit dem Interview, das der Reichskanzler am Vortage einem Vertreter des englischen Reuterbüros gewährt hat, die klare Bekundung des Willens der Reichsregierung erkennen, in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung den Kampf mit dem Parlament aufzunehmen. In Berliner politischen Kreisen schließt man aus dem Interview vor allem,

daß die Reichsregierung den Besprechungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wegen einer Lösung der Preußenfrage, über die wir kürzlich berichteten, keine entscheidende Bedeutung beimißt. Auch aus Zentrumskreisen verlautet neuerdings, daß man von einem Gelingen der preußischen Besprechungen nicht überzeugt

ist. Dagegen bemühen sich maßgebende Kreise der Reichsregierung nach wie vor darum, die zur Zeit zweifellos vorhandene **Verärgerung bei den Nationalsozialisten zu überbrücken** und ihnen den Anschluß an die Regierungsarbeit zu ermöglichen. Die vorsichtige Sprache des Reuterinterviews wird in dieser Hinsicht besonders beachtet. Die Regierung scheint den Wunsch zu haben, **die Nationalsozialisten in ihre Front einzuordnen und vom Zentrum vor dem Reichstag toleriert zu werden. Es wird abzuwarten bleiben, ob die Bemühungen des Reichskabinetts erfolgreich sind.**

Der preußische Landtagspräsident Kerrl ist zur Berichterstattung über das preußische Regierungsproblem nach München zu Hitler gefahren. Der „Angriff" teilt mit: „Vom Resultat dieser Unterredung hängen die weiteren Maßnahmen ab."

Arbeitsprogramm und Wirtschaftskrise

Von Dr. Kurt Vollert

Nach amtlichen Meldungen liegt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung in seinen Grundzügen fest und harrt nur noch der Ausarbeitung im einzelnen. Die bisherigen trüben Erfahrungen haben den deutschen Staatsbürger davon abgebracht, große Hoffnungen auf Arbeitsbeschaffungspläne, die am grünen Tisch entworfen sind, zu setzen, und so kann man es der Oeffentlichkeit nicht verwehren, wenn sie den Ankündigungen des Kabinetts von Papen auf diesem Gebiete keinen höheren Wert beizumessen vermag als allen früheren staatlichen Versuchen. Man „wartet" auf das neue Regierungsprogramm, das die Reichsregierung zur Sanierung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entworfen haben soll, und tut jedenfalls gut, sich dabei keinen sonderlichen Illusionen hinzugeben.

Ueberall hört man das Verlangen nach grundsätzlicher wirtschaftlicher Kursänderung, überall hat sich mit der Steuerlast zugleich die der Sorgen und Nöte ins Unerträgliche gesteigert. Es muß etwas geschehen, das die schlimmste aller wirtschaftlichen Krisen überwindet, die des Vertrauens. Eine schweizerische Finanzzeitschrift kennzeichnete jüngst die Bedeutung dieser Krise wie folgt: „Das Vertrauen, auf das es heute ankommt, ist die Ueberzeugung, daß unser Mitmensch unter normalen Verhältnissen uns gegenüber nach Treu und Glauben handeln wird, daß wir uns auf ihn verlassen können. Ohne diese Ueberzeugung ist das Wirtschaftsleben überhaupt nicht denkbar!" — Aber hat der die Wirtschaft nicht nur als Einnahmequelle betrachtende deutsche Staat immer nach den Grundsätzen von Treu und Glauben gehandelt? Die Inflationsgeschädigten wissen ein Lied davon zu singen und die zahlreichen Notverordnungsopfer nicht minder! Wie oft wurde nicht im Laufe der letzten Jahre von hoher staatlicher Stelle aus betont, das deutsche Volk und seine Wirtschaft ständen am Ende ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit, neue Lasten könnten ihnen nicht mehr zugemutet werden, dennoch aber erließ man eine Notverordnung nach der anderen, und die letzte übertraf alle ihre Vorgängerinnen an Härte und Ungerechtigkeit. Ueberlegen wir uns, was es bedeutet, wenn als Folge dieser Notverordnung damit gerechnet werden muß, daß künftig in Deutschland mindestens 11 Millionen Menschen, wahrscheinlich noch mehr, mit 13 bis 18 RM. im Monat auskommen müssen! Tatsächlich ist die Arbeitslosenziffer ja wesentlicher höher, als amtlicherseits ermittelt wird, weil zahlreiche Arbeitslose, darunter viele Jugendliche und Ausgesteuerte, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben, bei den Arbeitsämtern gar nicht geführt werden.

Welche Auswirkungen eine solche Arbeitsmarktlage auf die Haushalte des Reiches, der Länder und Gemeinden haben wird, ist noch nicht abzusehen. Zusätzliche Aufwendungen von einer halben bis zu einer Milliarde RM. würden in solchem Falle für das Reich unabwendbar. Bekanntlich basiert der Reichshaushalt unter Zugrundelegung eines 3 Milliarden-Betrages für die Erwerbslosenfürsorge, von dem 1 Milliarde RM. auf Beitragsleistungen, 1,25 Milliarden auf Reichszuschüsse und der Rest auf Gemeindezuschüsse entfallen. Bei weiter wachsender Arbeitslosigkeit, weiterem Anschwellen des Defizits zahlreicher Gemeinden und weiterhin verminderten steuerlichen Einnahmen des Reiches ist überhaupt nicht einzusehen, wie das Reich im nächsten Winter die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen aufbringen soll.

Die Lage der deutschen Privatwirtschaft berechtigt überdies zu keinerlei Optimismus. Erschreckend wächst noch immer der Friedhof einst blühender deutscher Arbeitsstätten. Nach sachkundiger Schätzung ist die Arbeitskapazität in Deutschland inzwischen auf ganze 15 Prozent herabgedrückt worden, nicht weniger als 80 Prozent sämtlicher Industriebetriebe liegen still oder sind mehr oder weniger liquide. Ein Teil von ihnen wird zwar noch immer wie gewisse Großbanken staatlich bezuschußt, doch ist das bereits der Anfang vom Ende einer unabhängigen Privatwirtschaft. Mit dem Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen, die, bisher von der Substanz zehrend, sich noch halten konnten, muß deshalb gerechnet werden, wenn nicht endlich einschneidende Sanierungsmaßnahmen getroffen werden. Das bestehende wirtschaftspolitische System ist an seiner eigenen Unzulänglichkeit gescheitert, doch fehlen bislang noch die Brücken, um über den reißenden Strom einer Wirtschaftskatastrophe zum Ufer der Sanierung zu gelangen. Mit Finanznotverordnungen, Steuererhöhungen und amtlichen Versprechungen, die als Wechsel auf die Zukunft anzusehen sind, kann jedenfalls dem deutschen Volke und seiner am Boden liegenden Wirtschaft nicht geholfen werden!

Ueber die Regierungsdauer des Kabinetts von Papen

Berlin, 19. Aug. In dem „Interview" des Reichskanzlers hat am meisten die Stelle Beachtung gefunden, an der der Reichskanzler erklärte, sein Kabinett werde noch lange im Amte bleiben. In parlamentarischen **Kreisen des neuen Reichstages** wird dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. hierzu erklärt, daß an sich **kaum ein Zweifel an der Annahme eines Mißtrauensvotums** gegen das Kabinett Papen bestehe. Es könne sich dann nämlich ergeben, daß der Reichspräsident es als die Hauptaufgabe des Reichstages erkläre, eine arbeitsfähige Regierung, d. h. eine solche zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Solange der Reichstag hierzu sich nicht imstande zeige, habe der Reichspräsident die Möglichkeit, auch bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett von Papen **diese Reichsregierung als Regierung seines Vertrauens mit der geschäftsführenden Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte so lange zu betrauen, bis ein Mehrheitskabinett zustande gekommen sei.** Sollten die Fraktionen nicht imstande sein, eine von einer Mehrheit gestützte Regierung zu bilden, dann würde unter Umständen das Kabinett von Papen während der ganzen Dauer der Legislaturperiode des Reichstages **geschäftsführend amtieren können.** Mit Hinweis hierauf hält man es in parlamentarischen Kreisen nicht für wahrscheinlich, daß bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen von Papen die abermalige Auflösung des eben gewählten Reichstages in Betracht käme. Man argumentiert so, daß nach einer eventuellen Koalitionsverständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen neue Möglichkeiten für die Herbeiführung einer Mehrheitskoalition im Reich gegeben wären, wozu einstweilen zu bemerken ist, daß der preußische Landtagspräsident **Kerrl,** der am Freitag aus München zurückkam, sich **nicht unmittelbar mit dem Zentrum in Verbindung setzte und auch noch nicht imstande war, offiziell einen Termin für die nächste Plenarsitzung des Landtages bekanntzugeben.** Bisher steht lediglich fest, daß der preußische Fraktionsvorstand der NSDAP. noch vor dem 25. August, dem bisher gedachten Termin für die Landtagstagung, zusammentreten solle.

Die Verhandlungen mit der Reichsbank

Berlin, 19. Aug. Wie wir erfahren, gingen die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten über die **Finanzierung der Arbeitsbeschaffung** am Freitag weiter. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß bereits eine Verständigung erzielt worden ist. Man nimmt an, daß die heutigen Besprechungen in erster Linie der **technischen Durchführung gelten.** Das wird auch daraus geschlossen, daß an den heutigen Verhandlungen auch der Reichswirtschafts- und der Reichsfinanzminister wieder beteiligt sind. Was nun die Summe anlangt, um die es in diesen Verhandlungen geht, so scheint es sich in der Tat bisher um die **350 Millionen** gehandelt zu haben, von denen in der Presse bereits die Rede war. 135 Millionen davon waren für die Durchführung des ursprünglichen Programms des Kabinetts vorgesehen. Sie sind übrigens zum größten Teil auch bereits verausgabt, sodaß für die weiteren Aufgaben noch 200 Millionen in Frage kommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tagt

Berlin, 19. Aug. Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages trat am Freitag vormittag zu ihrer **ersten Sitzung** zusammen. Der Fraktionsvorsitzende **Wels** berichtete über die politische Lage. Reichstagsabgeordneter Dr. **Hertz** ergänzte den Bericht und dann wurden die **Anträge** besprochen, die dem neuen Reichstag vorgelegt werden sollen. Darunter befinden sich auch die Anträge, in denen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien gefordert sowie der Abbau der hohen Gehälter in denjenigen Betrieben verlangt wird, die vom Staate direkt oder indirekt subventioniert werden.

Wie wir weiter hören, begann der Parteivorsitzende **Wels** seine Ausführungen mit einem Rückblick auf den **Wahlkampf.** Dabei sagte Wels u. a., daß dieser Kampf mit einer bisher unerhörten Schärfe geführt worden sei. „Unsere Parteigenossen", so fuhr Wels fort, „haben den Wahlkampf nicht nur mit Einsetzung ihres Lebens geführt; viele von uns haben ihn auch mit ihrem Leben bezahlen müssen. Die Verrohung des politischen Kampfes hat Formen angenommen, wie sie in der Geschichte Deutschlands und Europas noch nie erlebt wurden. Selbst in der Zeit der Revolution, als wir noch unter den Auswirkungen des Krieges standen, hatte die Tötung von Menschen nicht im entferntesten den Umfang angenommen, wie das jetzt geschieht." Zu Ehren der im Kampfe für die Arbeiterklasse gefallenen Opfer hatten sich die Fraktionsmitglieder von ihren Plätzen erhoben. Der Parteiführer habe hierauf an die außerordentlich wertvolle Arbeit der 25 sozialdemokratischen Abgeordneten erinnert, die der neuen Reichstagsfraktion nicht mehr angehörten; an ihre Stelle seien 22 neue Mitglieder getreten, was als Zeichen für die Verjüngungstendenzen zu werten sei. Die **Neuwahl des Fraktionsvorstandes** werde in der Sitzung vor Eröffnung des Reichstages am 30. August durchgeführt. Wels hat dann die politische Entwicklung seit den Reichstagswahlen geschildert.

**Fort mit dem Jammern und dem Klagen
Schurhammers Wein schafft Wohlbehagen!**

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich verstehe noch nicht ganz, Wolter."

„Das können Sie auch nicht, Fränkel, für Sie existiert nämlich nur die Hälfte der Vorgänge."

„Das ist wohl übertrieben."

„Nein! Was wissen Sie zum Beispiel von dem Geheimrat?"

„Richtig, von dem weiß ich lediglich, daß er eine verdächtige Persönlichkeit ist, weil er den Souffleur gespielt hat."

„Vor allen Dingen ist er gar kein Geheimrat, am allerwenigsten Geheimrat Gerstenberg, dessen Maske er sich vorgebunden hat. Leider weiß ich nicht, warum er das getan. Sie sollen aber nicht lange raten, wer er sein könnte, ich will es Ihnen sagen: der Mann heißt . . . Jarosmir Kereczik!"

„Der Spion aus Bukarest?"

„Er ist es! Anfangs war ich mir im Zweifel, als er aber versehentlich den Handschuh der linken Hand zurückstrich, sah ich die Narbe auf dem Handgelenk."

Fränkel schlug vor Erstaunen die Hände zusammen.

„Warum aber bleiben wir nicht in der Nähe, um ihn wenigstens zu beobachten?"

„Das wäre sehr unangebracht. Die Beobachtung besorgt Scholz, den wir vorhin auf der Treppe gesehen haben und dem ich entsprechende Weisungen schriftlich in die Hand drückte. Viel zu beobachten wird es übrigens nicht geben, es wird sich nur darum handeln, wohin die beiden versuchen werden zu verschwinden, aber der Ort ist von größter Bedeutung, denn sicherlich ist es der Schlupfwinkel."

„Und was wollen wir jetzt am Bayerischen Platz?"

„Mich interessiert zu wissen, wie die Gräfin aus der Wohnung herausgekommen ist."

„Aber der falsche Geheimrat hat doch angegeben, daß sie den Weg über die Treppe genommen hat, nachdem sie bis zehn Uhr abends gewartet hat."

„Daran sind Zweifel erlaubt, und zwar deshalb, weil ich bei meinem ersten Besuch in der Wohnung Wemblins, wie Sie sich erinnern werden, genau wie Volger knarrende Schritte vernommen habe. Jedes Zimmer habe ich daraufhin abgesucht, ob sich irgendwo jemand verborgen halten könnte, es war umsonst, weshalb ich folgerte, daß die Schritte in der darüber befindlichen Wohnung gemacht worden seien. Das muß falsch gewesen sein! Ich hätte die ganze Wohnung Kopf stellen müssen — nun, das werden wir jetzt tun! Nicht eher verlasse ich sie, bis ich das Rätsel gelöst habe."

„Und die Ereignisse in der Hardenbergstraße?"

„Werden uns telephonisch nach dem Bayerischen Platz gemeldet."

Der Wagen hielt, sie waren am Ziel.

Frau Brennert war zu Hause. Verwundert fragte sie sich, was denn die Kommissare schon wieder bei ihr wollten. Zu untersuchen gab es doch jetzt nichts mehr. Deshalb machte sie auch keine Miene, die beiden ohne weiteres eintreten zu lassen.

„Noch eine kleine Nachforschung, Frau Brennert. Bitte, lassen Sie uns hinein. Hoffentlich stören wir nicht?"

Sie verneinte und ließ die Männer an sich vorbei, die allein ins Herrenzimmer gingen und die Tür hinter sich zumachten.

Frau Brennert würde die beiden für nicht ganz normal gehalten haben, wenn sie mitangesehen hätte, wie Fränkel und Wolter darin herumhüpften, um die knarrende Stelle im Fußboden ausfindig zu machen. Endlich hatten sie sie entdeckt, es waren sogar zwei. Die eine befand sich in der Nähe des Klubsofas, die zweite bei der Tür des Schlafzimmers.

„Man kann doch nie gründlich genug sein," schimpfte Wolter, ärgerlich, daß er erst jetzt dahinter kam.

Er ging zur Tür und rief die Brennert herein.

„In diesem Stockwerk befinden sich nur zwei Wohnungen, nicht wahr?"

„Jawohl," bekam er zur Antwort.

„Das Zimmer mit den zierlichen Möbeln stößt an die Nachbarwohnung?"

„Ja."

„Wer wohnt dort?"

„Ich kenne die Leute nicht weiter, es ist eine Kaufmannsfamilie, sehr anständige und solide Menschen sollen es sein, Scheerbart heißen sie, haben zwei reizende kleine Kinder."

„Danke. Das Schlafzimmer stößt demnach an das Nachbarhaus?"

„Freilich."

Fränkel hatte die Tür zu dem Schlafzimmer geöffnet und war eingetreten.

„Wie riecht denn das hier?" fragte er schnuppernd.

Wolter folgte ihm und fand ebenfalls, daß in dem Zimmer ein seltsamer Geruch sei.

„Haben Sie die Handwerker hier gehabt, Frau Brennert?" erkundigte sich Fränkel.

„I wo! Ich werde doch in der Wohnung nichts machen lassen."

Die beiden Kommissare tauschten einen Blick, dann schickten sie die Brennert hinaus.

„Der Teufel soll mich reiten . . ."

Kaum hatte Fränkel seinen Lieblingsausdruck ausgestoßen, da begann er auch schon wie ein Spürhund herumzulaufen. Wolter tat ein gleiches.

„Hier ist tapeziert worden!"

„Natürlich, Wolter! Wir müssen die Möbel abrücken!"

„Nur den großen schönen Ankleideschrank. Ein Stück Arbeit wird das werden."

Es war allerdings für die beiden beschwerlich, aber ihre Mühe wurde belohnt, denn sie fanden, was sie vermutet, die Wand hinter dem Schrank war frisch tapeziert; wenn auch nicht mit der gleichen, so doch mit einer sehr ähnlichen Tapete, war sie geflickt worden.

Nun untersuchten sie die Rückseite des Kleiderschrankes.

„Na also! Da hätten wir ja des Rätsels Lösung: Durch die Wand und den Kleiderschrank sind sie gekommen und gegangen. Sehr hübsch, das mit den verschiebbaren zwei Brettern in der Rückwand des Schrankes."

Fränkel hatte inzwischen den Schrank aufgeschlossen und untersuchte weiter.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg